

# Editorial

*Rita Casale und Edgar Forster*

Analysiert man die Argumentationsfiguren, die in den letzten Jahren zur Begründung und im Kontext international vergleichender Leistungstests sowie zur Legitimation bildungspolitischer Steuerungsmaßnahmen verwendet werden, gewinnt man den Eindruck, dass das Bildungssystem sowie die Erziehungsinstitutionen einem permanenten Reformdruck unterliegen. „Bildung als Investition“ oder „Aufstieg durch Bildung“ sind nicht nur als populistische Ausdrücke einer Dauerwahlkampagne zu deuten. Sie weisen eher auf ein organisches Entwicklungsmodell hin, das konform mit Analysen der *Chicago School of Economics* nicht mehr nur Investitionen in das materielle Kapital, sondern vor allem in das Humankapital für ökonomisch produktiv hält.

Für die pädagogische Geschlechterforschung ist eine kritische Auseinandersetzung mit den Theorien des Humankapitals und mit von solchen Ansätzen inspirierter neoliberaler Politik vor allem auf Grund ihrer widersprüchlichen Geschlechtertheorie und Geschlechterpolitik von Bedeutung, die eng mit zentralen pädagogischen Fragen verknüpft sind. Bei den Analysen des Humankapitals im Anschluss an Theodore W. Schultz, Jacob Mincer und Gary S. Becker stellt das weibliche Geschlecht angesichts seiner Fortpflanzungsfähigkeit einerseits eine bedeutende Ressource dar: Der Gesundheitszustand der Frauen, der Bildungsgrad der Mütter und eine funktionierende häusliche Arbeitsteilung werden als entscheidende Indikatoren für die Qualitätsentwicklung einer Bevölkerung angesehen (vgl. z.B. O. Galor, K.S. Moe, D.N. Weil, L. Edlund, N.P. Lagerlöf). Unter diesen Prämissen werden traditionell zur privaten Sphäre gehörende Bereiche wie die Früherziehung der Kinder oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einer öffentlichen Angelegenheit. Andererseits implizieren die Analysen der Vertreter der *Chicago School*, die sich auf Chancengleichheit und Wettbewerb auf dem Markt beziehen, eine Neutralisierung der Geschlechtskategorie: Das einzige legitime Kriterium, das soziale Ungleichheit in der Gesellschaft legitimieren dürfe, sei Leistung, gemessen mit einem „geschlechterneutralen Produktivitätstest“, wie Gary S. Becker und Guity N. Becker betonen. Wenn der Gegensatz zwischen der Festschreibung und Naturalisierung des Geschlechts auf der einen Seite sowie Neutralisierung des Geschlechts auf der anderen Seite zuerst theoretischer Natur ist, sind dessen Fol-

gen erst auf einer politischen und gesellschaftlichen Ebene feststellbar. Dazu zählen einerseits eine Reihe von politischen Maßnahmen in der Familienpolitik, die auf die Wiedergeburt der traditionellen Familienwerte gerichtet zu sein scheinen, andererseits gehören dazu unterschiedliche Interventionen zur Steigerung des Produktivitätspotentials und der Wettbewerbsfähigkeit von Frauen (und Männern), die die ganze Lebensspanne der Individuen – von der frühen Kindheit bis ins Alter – umfassen.

Im folgenden Band soll dieser scheinbare, aber augenfällige Widerspruch von Neokonservatismus und liberalem Individualismus, von der die aktuelle bildungspolitische und familienpolitische Debatte und Praxis geprägt ist, analysiert werden. Enthalten sind sowohl Beiträge, die sich mit der kritischen Rekonstruktion der Theorien des Humankapitals beschäftigen, als auch Beiträge, deren Gegenstand eine Analyse der aktuellen europäischen Familien- und Erziehungspolitik und ihrer pädagogischen Konsequenzen vornimmt.

Das Jahrbuch wird mit dem Essay *Zum problematischen Cultural Turn in der Geschlechterforschung* von Tovi Soiland eingeleitet. Sie geht von der Beobachtung aus, dass durch das im Rahmen der US-amerikanischen *Cultural Studies* entstandene Verständnis von *gender* eine ganz bestimmte Konzeptualisierung von Geschlecht hegemonial geworden ist, die das Geschlechterverhältnis vorrangig unter dem Aspekt des Zwangs zur Zweigeschlechtlichkeit thematisiert und damit als eine Frage von Normen bzw. von normativen Identitätszuschreibungen und den damit einhergehenden Ein- und Ausschlüssen begreift. Dabei sei in den Hintergrund getreten, dass diese Form der Geschlechterkonstruktion in der kapitalistischen Produktion verankert ist und damit auch eine Ideologie sei. Diese Entkoppelung war die Voraussetzung dafür, dass das Konzept *gender* zu einem Bestandteil des als Neoliberalismus bezeichneten Umbaus der Gesellschaft geworden ist.

Christian Oswald eröffnet den Themenschwerpunkt mit der Studie *Über Humankapital und einige seiner Familienprobleme*. Gestützt auf die Tradition der Kritik der politischen Ökonomie von Marx identifiziert Oswald die Kategorie des Humankapitals als einen Widerspruch in sich, mit der sich aktuelle ökonomische und gesellschaftliche Transformationsprozesse theoretisch nicht angemessen erfassen lassen. Ausgelöscht werde im Begriff des Humankapitals der Gegensatz zwischen Arbeitskraft und Kapital. Allerdings erschöpft sich für den Autor Ideologiekritik nicht im Nachweis der Unangemessenheit der ökonomischen Theorien, sondern er versucht die des Humankapitals als Index gesellschaftlicher Veränderungen zu denken. Der kritische Blick auf sie soll den theoretischen Zugang zu aktuellen Vorgängen in Hochschule, Schule und Familie eröffnen.

Fabian Kessl untersucht in *Pädagogisierungen – eine vernachlässigte Dimension in der Geschlechterforschung zur gegenwärtigen Transformation von Sozial-, Bildungs- und Erziehungspolitik* die Auswirkungen der Krise des Wohlfahrtsstaates auf die Geschlechterpolitik. Für Kessl erfahre die post-

wohlfahrtsstaatliche Gestaltung von Sozial-, Bildungs- und Erziehungspolitik einen neuen und markanten Grad der Pädagogisierung, die sich humankapitaltheoretisch charakterisieren lasse und für deren theoretisches Verständnis die Geschlechterforschung von Bedeutung sei.

Im Artikel *Der „gender pay gap“ – eine Frage des Humankapitals?* setzt sich Ulla Hendrix mit humankapitaltheoretischen Erklärungen der Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen kritisch auseinander. Die Humankapitaltheorie führt für Hendrix Verdienstunterschiede auf individuelle biographische Entscheidungen und Zeitinvestitionen in die Ausbildung und Karriere zurück. Die theoretische Grundannahme, dass Menschen selbst durch ihre Ausbildungs- und Berufsentscheidung maßgeblich ihren späteren Verdienst steuern, verweise auf eine zutiefst individualistische Sichtweise. Ausgeblendet werde die Bedeutung von Geschlecht als Ungleichheitsgenerierende Strukturkategorie. Eine Alternative zu diesen ökonomischen Ansätzen biete die soziologisch fundierte Devaluations- bzw. Entwertungs-These, die auf Diskriminierung im Zusammenhang mit einer geschlechtsspezifisch ungleichen Berufsstruktur abhebt.

Mechthild Veil analysiert in ihrem Beitrag *Familienpolitik in den Zwängen konservativer und neoliberaler Logiken: ein deutsch-französischer Vergleich* die jüngsten familienpolitischen Reformen am Beispiel des Ausbaus der Kleinkindbetreuung, der Reform des Elterngeldes in Deutschland und der Neuordnung familienpolitischer Leistungen in der Kleinkindbetreuung für mehr Wahlfreiheit in Frankreich. Durch den Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich beabsichtigt Veil, die ökonomische Ausrichtung familienpolitischer Initiativen und die Adressierung der Betriebe als neue familienpolitische Akteure nach ihrem neoliberalen Gehalt zu analysieren und zu zeigen, welchen Beitrag aktuelle Familienpolitik zur Re-Formulierung des Vereinbarkeitsdilemmas leistet bzw. leisten könnte.

Der Artikel von Lucien Criblez und Karin Manz ist eine nationale Fallstudie über die *„Neue“ Familienpolitik in der Schweiz*. Die Schweizer Familienpolitik habe sich seit den 1980er Jahren maßgeblich verändert und sich an einem realistischeren Bild der Familie orientiert. Dies habe Auswirkungen auf familienpolitische Maßnahmen, die sich an unterschiedliche Problemgruppen wenden und mit Gleichstellungspolitik verknüpft werden. Seit den 1990er Jahren fördere neue Familienpolitik den Verbleib und die Wiederintegration von Müttern in den Arbeitsmarkt. Durch eine diskursanalytische Untersuchung parlamentarischer Debatten können Criblez und Manz zeigen, dass die zentralen familienpolitischen Themen, die im nationalen Parlament diskutiert werden, die materiale Unterstützung durch Familienzulagen, die Gleichstellung der Geschlechter, die Einführung der Mutterschaftsversicherung sowie familienergänzende Kinderbetreuung zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind.

Im Artikel *„Wenn ich groß bin werde ich Humankapital“ – Anmerkungen über die institutionelle Fremdbetreuung von Kindern* zeigt Julia Seyss-

Inquart anhand einer Diskursanalyse von Gesetzen, Gesetzesentwürfen, Verordnungen, schriftlichen Protokollen und Anfragen des Wiener Landtages und Gemeinderates seit 1964, wie der Bildungsbegriff zwischen 1977 und 2003 seinen Weg in das Wiener Kindertagesheimgesetz gefunden hat und ein gesellschaftlicher Funktionswandel von Kinderbetreuungseinrichtungen auch auf der Ebene der Semantik vollzogen wird. Die Verschiebung der Semantik entspreche einer veränderten ökonomischen Rationalität und dabei komme der Strukturkategorie Geschlecht eine zentrale Bedeutung zu.

In ihrem Beitrag *Der ökonomische Charme der Gleichstellung in der Neuausrichtung der deutschen Familienpolitik* hebt Heike Kahlert den sozialaktivierenden Charakter der institutionellen Maßnahmen hervor, die ab 2003 durch die rot-grüne Koalition umgesetzt worden sind. Gleichstellungspolitische Ziele in der nachhaltigen Familienpolitik werden nur dann verfolgt, wenn sie im Einklang mit ökonomischen Interessen stehen. Gleichstellungsrhetorik zielt also nicht primär auf die Herstellung von Geschlechtergleichheit, sondern auf eine Verknüpfung von Geburtenförderung und Steigerung der Frauen- und vor allem Müttererwerbstätigkeit. Kahlert zeigt dabei, inwiefern die politischen Zuschreibungen an die Geschlechter als widersprüchlich betrachtet werden können: Einerseits werde die Erosion des Ernährermodells gefördert, andererseits bleibe das Geschlechterleitbild traditionellen Vorstellungen geschlechtlicher Arbeitsteilung verhaftet.

Neben Rezensionen zu aktuellen Neuerscheinungen und Tagungsberichten enthält das Jahrbuch Besprechungen, die den Themenschwerpunkt ergänzen: In ihrer Rezension des Buches *Luce Irigarays Denken der sexuellen Differenz* von Tove Soiland macht Regina Becker-Schmidt die Bedeutung der Analyse der Zusammenhänge zwischen Subjektconstitution und Geschlecht, der Markierung der Geschlechter und Gesellschaft für die feministische Theoriebildung deutlich. Luciana Casales Besprechung des letzten Buchs von Elisabeth Badinter, *Der Konflikt: Die Frau und die Mutter*, betont die Renaturalisierung von Mütterlichkeitsvorstellungen in der aktuellen Familienpolitik. In ihrer Rezension von Angela McRobbies *Top Girls* erläutert Antonia Schmid den Zusammenhang von Neoliberalismus und Postfeminismus. Eine Studie über symbolische Gesundheit, Analysen zum Verhältnis von Gender und Diversity sowie eine Untersuchung über die Kompetenzentwicklung junger Mütter bieten einen kleinen Ausschnitt aus dem Forschungsfeld „Humankapital und Geschlecht“ und geben einen Einblick in die unterschiedlichen theoretischen und methodischen Zugänge zu der behandelten Problematik.

Der offene Teil des Jahrbuchs enthält zwei Beiträge, die durch ihre spezifische Akzentuierungen zur weiteren Erläuterung des Zusammenhangs von Theorie des Humankapitals und Geschlecht implizit beitragen. Das geschieht vor allem in deren Thematisierung des konstitutiven Charakters von Normen bzw. Ideologien für die Konsolidierung stereotypisierter Geschlechterverhältnisse. In ihrem Beitrag *Zur methodologischen Dekonstruktion von Nor-*

*malitätserwartungen in der qualitativen Forschung am Beispiel stationärer Jugendhilfe* untersucht Jeannette Windheuser die Kodifizierung der Sozialen Arbeit über bestimmten Forschungspraktiken. In einer dekonstruktiven Perspektive problematisiert sie, wie durch die Verdinglichung der Kategorie Geschlecht die Handlungsoptionen von Jugendlichen reguliert werden. Gegenstand des Beitrags *Mütterlichkeitsideologie und soziale Praxis* von Rita Braches-Chyrek ist die widersprüchliche Normierung von weiblichen Lebensformen. Sie zeigt am Beispiel der Analyse von Mütterlichkeitsvorstellungen, wie individuelle Wahlfreiheit und gleichberechtigte Teilhabe als politisch wünschenswerte und ökonomisch notwendige gesellschaftliche Ziele propagiert werden, aber zugleich wie die Geschlechterverhältnisse nach wie vor entlang traditioneller Vorstellungen organisiert sind.